

Kritik der marktwirtschaftlichen Ideologie

Eine didaktisch orientierte Einführung

(Berlin 1980)

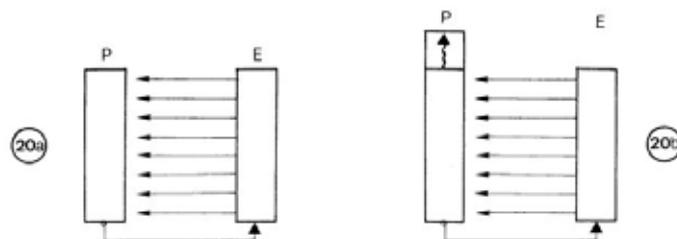
VIERTER TEIL: Wirtschaft und Staat

B. INFLATION UND STAAT

I. Auswirkungen einer schleichenden Inflation

Was ist an einer Inflation eigentlich so schlimm, daß sie immer wieder als Gefahr hingestellt wird? Wenn es zwischen Arbeitslosigkeit und Inflation zu wählen gäbe, müßte die Entscheidung dann nicht ganz klar für die Inflation ausfallen, selbst wenn damit gewisse Nachteile verbunden sind? "Lieber 5 % Inflation als 5 % Arbeitslosigkeit" - wie es Bundeskanzler Schmidt einmal formuliert hat?

Eine jährliche Inflationsrate von 5 % bedeutet zunächst einmal nichts anderes, als das die Warenpreise um durchschnittlich 5 % ansteigen, und damit auch - bei gleichem mengenmäßigem Absatz - die Erlöse der Unternehmen. Für die Bezieher fester Einkommen bedeutet das, daß sie sich für ihre Einkommen mengenmäßig weniger kaufen können: Die Kaufkraft ihrer Einkommen, ihr "Realeinkommen" vermindert sich. Ähnlich geht es den Sparern. Ein Sparguthaben von 100 DM, das im Jahr 5 % Zinsen bringt, wächst zwar in einem Jahr auf 105 DM an, aber wenn die Inflationsrate ebenfalls 5 % beträgt, kann man sich für die 105 DM nicht mehr kaufen als vorher für die 100 DM. Die Sparzinsen werden in diesem Fall also von der Inflationsrate gerade aufgeessen. Wer sich auf der anderen Seite z.B. als Unternehmer mit einem Kredit verschuldet hat, dem kommt die Inflation zugute: Die durch die Inflation steigenden Erlöse und Gewinne machen die Rückzahlung des Kredites und der Zinsen leichter. Nutznießer einer Inflation scheinen demnach die Gewinnbezieher und die Kreditnehmer zu sein, Leidtragende sind offenbar die Bezieher fester Einkommen bzw. die Sparer. Die folgenden Abbildungen wollen diesen Zusammenhang noch einmal im einzelnen verdeutlichen.

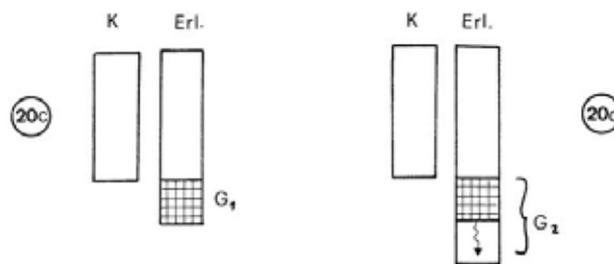


1. Inflation und Kaufkraftminderung

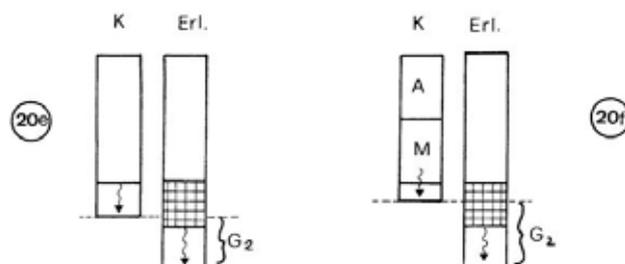
Abb. 20a stellt zunächst einmal eine Ausgangssituation dar, bei der die bei der Produktion entstandenen Einkommen das gesamtwirtschaftliche Warenangebot kaufen können. Bei einer Inflationsrate von 25 % (wo sich nur die Preise aufblähen, ohne daß die produzierten Mengen vergrößert werden, Abb. 20b) können die gleichen Einkommen nur noch einen Teil des Gesamtprodukts kaufen (in unserem Beispiel nur noch 80 %).

2. Inflation und steigende Gewinne

Betrachten wir die Inflation einzelwirtschaftlich aus der Sicht der Unternehmen, so ergibt sich zunächst eine Aufblähung der Erlöse um 25 %. In unserem Beispiel steigt dadurch der Gewinn um 100 % (Abb. 20d gegenüber Abb. 20c).



Allerdings muß berücksichtigt werden, daß für die Unternehmen ja nicht nur die Erlöspreise steigen, sondern auch die Faktorpreise (und damit bei gleichem mengenmäßigem Faktoreinsatz die Kosten). Es scheint, als würde auf diese Weise der gewinnsteigernde Effekt wieder aufgehoben: Erlöse und Kosten würden gleichmaßen um 25 % steigen, und damit auch die Gewinne (Abb. 20e). Diese nominelle Gewinnsteigerung wäre keine tatsächliche (reale) Gewinnsteigerung, wenn sich alle Preise (ein schließlich der Faktorpreise) ebenfalls um 25 % erhöht hätten. Für die nominell gewachsenen Gewinne könnten dennoch nur die gleichen Mengen an Einsatzfaktoren bzw. an Konsumgütern gekauft werden. Ist es also für die Unternehmen im Prinzip egal, ob Inflation herrscht oder nicht? Und wie läßt sich das vereinbaren mit unserer Überlegung von vorhin, daß die Unternehmen die Nutznießer der Inflation sind und die Bezieher fester Einkommen die Leidtragenden?

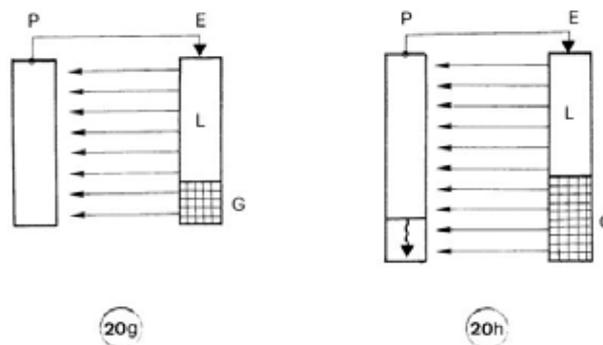


Wenn wir von Beziehern fester Einkommen geredet haben, haben wir stillschweigend unterstellt, daß sich sie Lohneinkommen im Laufe eines Jahres nicht verändern. Dann müssen

wir natürlich konsequenterweise auch unterstellen, daß die Lohnkosten trotz Inflation unverändert bleiben. Die Inflation würde sich demnach nicht auf alle Faktorpreise niederschlagen: Die Arbeitskosten A blieben vielmehr davon ausgenommen, und es gäbe eine inflationäre Aufblähung nur bei den übrigen Kosten M (für Material, Maschinen usw.). In unserem Beispiel würden sich die Gesamtkosten auf diese Weise nur um 12,5 % erhöhen, die Erlöse aber um 25 %. Der Gewinn steigt entsprechend um mehr als 25 % (Abb. 20f).

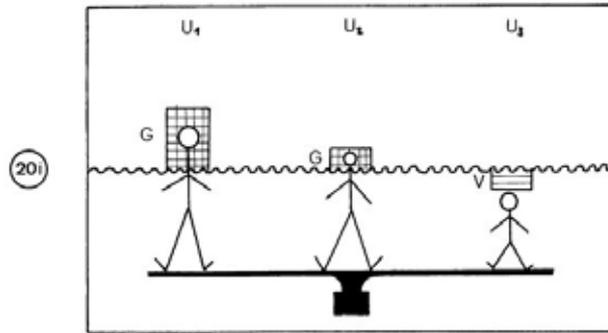
Daraus folgt allgemein: Bei gleichbleibenden Löhnen führt eine Inflation zu steigenden Gewinnen, zu sog. Inflationsgewinnen. Ohne daß die Unternehmen irgendwelche Veränderungen im Produktionsprozeß vornehmen, ohne daß sie irgendwo produktiver wirtschaften, fällt ihnen allein aufgrund der Inflation ein zusätzlicher Gewinn in den Schoß. Und die Lohnabhängigen, obwohl sie nominell die gleichen Einkommen beziehen wie vorher, können sich bedingt durch die Inflation für ihre Einkommen weniger kaufen. Ihre Löhne werden auf diese Weise in ihrer realen Kaufkraft gemindert, es findet eine "Real-Lohnsenkung" statt, das Gegenstück der Inflationsgewinne.

Unter diesen Bedingungen führt eine Inflation also zu einer Umverteilung des Sozialprodukts auf Kosten der Lohnabhängigen und zugunsten der Unternehmen bzw. Gewinnbezieher. Haben sich die Einkommen z.B. in einem Verhältnis 75 % Löhne zu 25 % Gewinne in das Sozialprodukt geteilt (Abb. 20g), so sind es jetzt 60 % Löhne zu 40 % Gewinne (Abb. 20h). Ist das kaufbare Sozialprodukt auch mengenmäßig nicht angewachsen (und das war der Ausgangspunkt unserer Überlegungen im Modell in Abb. 19x), so haben sich dennoch die Unternehmen auf Kosten der Lohnabhängigen durch die Inflation saniert.



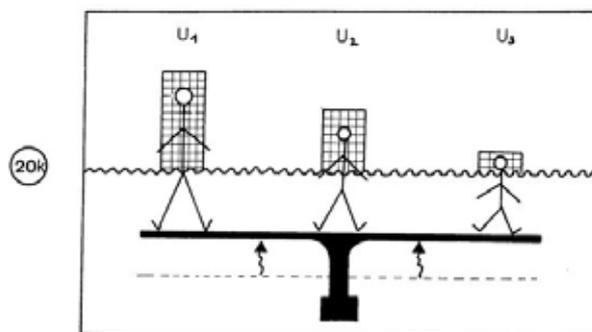
3. Die Konzeption der Globalsteuerung

Eine inflationäre Politik führt unter den genannten Bedingungen also zu einem allgemeinen Anstieg der Gewinne. Für Unternehmen, die schon vorher Gewinne gemacht haben, wachsen die Gewinne an, und Unternehmen, die zwischenzeitlich in die Verlustzone geraten, können wieder gewinnbringend produzieren. Wenn wir die unterschiedliche Gewinnsituation einzelner Unternehmen vergleichen mit unterschiedlich grossen Personen, die auf einem unter Wasser befindlichen Podest stehen, dann können wir die Auswirkungen der Inflation wie in Abb. 20 i, k symbolisieren.



Während in der Ausgangssituation Unternehmen U_1 relativ große Gewinne macht im Vergleich zu U_2 (dem das Wasser schon bis zum Hals steht), ersäuft U_3 bei länger anhaltenden Verlusten, wenn ihm die Luft (d.h. die flüssigen Geldmittel: die Liquidität) ausgeht.

In Abb. 20k hat sich die Gewinnsituation aller Unternehmen verbessert: Bildlich gesehen hat sich der Podest, auf dem sie stehen, durch die Inflation wie ein hydraulischer Wagenheber angehoben, wobei nunmehr auch U_3 aus dem Wasser, d.h. aus der Verlustzone herausgehoben wird und wieder Luft holen kann.



Die keynesianische Wirtschaftspolitik der "Globalsteuerung" die u.a. von Wirtschaftsminister Schiller für die BRD propagiert wurde, besteht - bildlich gesehen - in nichts anderem als einem Anheben bzw. Senken des Podestes, d .h. in einer allgemeinen globalen Beeinflussung des Gewinn-Niveaus der Volkswirtschaft, und zwar über eine Beeinflussung der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage durch expansive bzw. kontraktive (restriktive) Konjunkturpolitik.

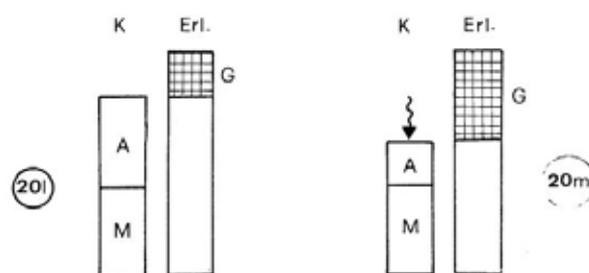
An der Struktur der Gewinnverteilung zwischen den Unternehmen (bildlich: an den Größenverhältnissen zwischen den Figuren) soll sich dadurch nichts verändern. Denn in der Konzeption der Globalsteuerung wird dem einzelwirtschaftlichen Gewinn - wenn auch nicht in seiner absoluten Höhe, so doch im Verhältnis zu den Gewinnen anderer Unternehmen - nach wie vor eine zuverlässige Aussagekraft zugesprochen.: Unternehmen mit höherer Rentabilität werden als leistungsfähiger im Interesse von Gesamtwirtschaft und Gesellschaft angesehen als weniger rentable oder gar unrentable Unternehmen.

Die Problematik der Aussagekraft einzelwirtschaftlicher Gewinne, die wir an früherer Stelle ausführlich diskutiert haben, wird demnach im Rahmen der Konzeption keynesianischer Globalsteuerung vollständig verdrängt! Ohne nach der gesellschaftlichen Aussagekraft einzelwirtschaftlicher Gewinne zu fragen, wird die Größe "Gewinn" im Rahmen der Globalsteuerung zum zentralen Ansatzpunkt wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Expansive Konjunkturpolitik soll – über eine globale Anhebung des volkswirtschaftlichen Gewinn-Niveaus – die Unternehmen zu mehr Produktion anreizen und die Beschäftigung anheben. Was dabei produziert wird, mit welchen Methoden, mit welcher Organisation des Arbeitsprozesses, mit welcher Technologie, mit welchem Verhältnis zwischen Arbeitskraft und Maschinen usw. und wie die Gewinne verwendet werden, all das bleibt im Rahmen der Globalsteuerung unangetastet in der Entscheidungsbefugnis der Unternehmen, die sich - wenn man von den unmittelbaren Staatsaufträgen absieht - am Markt orientieren sollen. Und dieser Markt wird nach wie vor als der rationale Ausdruck gesellschaftlicher Bedürfnisse betrachtet.

In diesem Glauben an die gesellschaftliche Aussagekraft einzelwirtschaftlicher Gewinne hat sich im Keynesianismus gegenüber dem klassischen Liberalismus nichts geändert. Der Unterschied liegt lediglich darin, daß die klassische Ökonomie die Möglichkeit gesamtwirtschaftlicher Kreislaufstörungen unterschätzt hat, während der Keynesianismus diese Möglichkeit erkennt und Mittel zu ihrer Behebung ausgearbeitet hat. An der Struktur der kapitalistischen Produktionsweise ändert sich bei Anwendung der Globalsteuerung wenig. Lediglich ein Krisensymptom, nämlich die Arbeitslosigkeit, scheint mit dieser Politik behoben werden zu können, aber eben um den Preis einer Inflation.

4. Inflation als Mittel der Reallohnsenkung

Nun hat Keynes durchaus vorausgesehen, daß der Einsatz einer Vollbeschäftigungspolitik mit Inflation verbunden sein würde. Aber darin sah er nichts weiter negatives. Und auch nicht in der Umverteilungswirkung der Inflation. Im Gegenteil! In dieser Umverteilung zugunsten der Unternehmen und zu Lasten der Lohnabhängigen liegt das eigentliche Geheimnis für die Wirksamkeit keynesscher Politik. Natürlich wäre eine solche Umverteilung theoretisch auch auf anderem Wege herzustellen, nämlich über eine Senkung der Geldlöhne (Abbildung 20m gegenüber Abbildung 20l).



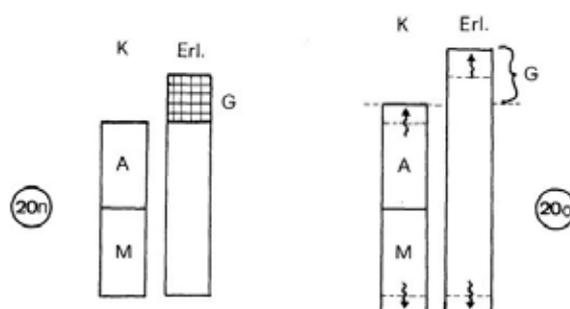
Aber dadurch wären erstens die Lohneinkommen und die daraus folgende Konsumnachfrage zurückgegangen, unter Umständen mit negativen Auswirkungen auf den gesamtwirtschaftlichen Kreislauf. Und zweitens ließen sich nominelle Lohnsenkungen aufgrund der Stärke der Gewerkschaften nach Keynes Einschätzung nur noch schwer oder überhaupt nicht

durchsetzen. In einer inflationären Politik sah Keynes hingegen ein geeignetes Mittel, um diesen Widerstand der Arbeiter bzw. der Gewerkschaften gegen Lohnsenkungen zu brechen. Die Arbeiter würden sich nämlich in ihren Lohnforderungen am Geldlohn orientieren und würden gar nicht merken, wenn sie sich schließlich für ihren Lohn aufgrund gestiegener Preise weniger kaufen könnten. Sie hätten dann immer noch die Illusion, das gleiche zu verdienen. Keynes nannte dies "Geldillusion". Und mit dieser Täuschung der Lohnabhängigen wollte Keynes in seiner Vollbeschäftigungspolitik bewußt arbeiten, um auf diese Weise den Unternehmen Inflationsgewinne und den entsprechenden Anreiz zur Ausdehnung von Produktion und Beschäftigung zu verschaffen.

Was sich also offen gegen die Gewerkschaften nicht durchsetzen ließ, sollte nun auf verstecktem Wege, durch ein Täuschungsmanöver, indirekt durchgesetzt werden: Eine Senkung der Reallöhne und eine Steigerung der realen Gewinne, d.h. eine Umverteilung zugunsten des Kapitals. Ob eine solche Politik auch langfristig wirksam sein kann, daran hat Keynes selbst gezweifelt. Aber er wollte sich nicht um langfristige Perspektiven kümmern, sondern um das kurzfristige Beheben des Symptoms der Massenarbeitslosigkeit. "Auf lange Sicht sind wir eh alle tot" (in the long run we are all dead) war sein zynischer Kommentar auf die Frage nach der längerfristigen Perspektive des Kapitalismus. Aber von den späteren Keynesianern (wie zum Beispiel Karl Schiller) wurde dennoch immer wieder der Eindruck erweckt, als sei mit Keynesianischer Wirtschaftspolitik ein für alle Mal ein stabiles, störungsfreies Wachstum bei Vollbeschäftigung sicherzustellen.

5. Nachziehen der Löhne und Überwälzung auf die Preise

Was passiert aber, wenn die Arbeiter nach einer Weile merken, daß sie aufgrund steigender Preise für ihre Löhne immer weniger kaufen können? Diese Erfahrung wird - wenn auch mit einiger zeitlicher Verzögerung - in der Tendenz dazu führen, daß sie eine Erhöhung der Geldlöhne fordern werden, um den inflationsbedingten Kaufkraftverlust auszugleichen. In unserem Modell blähen sich damit neben den Erlösen nicht nur die Material- und Maschinenkosten um 25 % aus, sondern auch die Löhne (Abbildung 20 n, o). Und sobald dies der Fall ist, sind die realen Inflationsgewinne der Unternehmen wieder verschwunden.



Wenn sich alle Erlöspreise und alle Kosten um den gleichen Prozentsatz inflationär aufblähen, hat sich in Bezug auf die Verteilung des Gesamtprodukts nichts verändert. Der einzige Effekt kann nur noch darin bestehen, daß die Lohnerhöhungen den Preiserhöhungen hinterherhinken. Auf jeden Fall ist klar, daß in dem Moment, wo die Nominallöhne entsprechend nachgezogen sind, der ankurbelnde Effekt der Inflationsgewinne nicht mehr vorhanden ist. Insofern droht

die Wirtschaftskrise von neuem auszubrechen. Die Unternehmen können sich allerdings dadurch behelfen, daß sie ihrerseits die Nominallohnerhöhungen wieder auf die Preise draufschlagen, und vielleicht sogar noch mehr.

Eine solche Preiserhöhung auf der ganzen Linie nützt natürlich insgesamt wenig, wenn nicht genügend gesamtwirtschaftliche Nachfrage vorhanden ist, die dieses inflationär aufgeblähte Warenangebot kaufen könnte. Um also von neuem Inflationsgewinne bei den Unternehmen zu ermöglichen, müßte die gesamtwirtschaftliche Nachfrage um ein weiteres Mal mit Mitteln der inflationären Politik aufgebläht werden. D.h. nichts anderes, als daß die bisherige Inflationsrate weiter ansteigen würde. Dies wiederum wird abermals steigende Lohnforderungen nach-sich-ziehen, die wieder auf die Preise überwältzt werden usw. - das, was üblicherweise "Lohn-Preis-Spirale" genannt wird, ein Ausdruck mit dem suggeriert wird, es seien letztlich die hohen Lohnforderungen die eigentliche Ursache der Inflation.

6. Die Tendenz zur beschleunigten Inflation

Aus diesen Überlegungen wird deutlich, daß der ankurbelnde Effekt der Inflation nicht aufrecht erhalten werden kann mit einer konstanten Inflationsrate, weil früher oder später die Nominallöhne nachziehen werden, um den realen Kaufkraftverlust wieder wettzumachen. Der Effekt kann nur dann wieder hergestellt werden, wenn die Inflation immer weiter verstärkt wird. Und auch das Anwachsen der Inflationsrate werden die Gewerkschaften schließlich im vorhinein in ihre Lohnforderungen übernehmen, so daß nur eine Beschleunigung der Inflation den Effekt wieder herstellen könnte usw. Die ursprünglich schleichende Inflation geht auf diese Weise in eine sogenannte galoppierende Inflation über.

Um also eine Belebung der Wirtschaft zu erreichen, muß die Dosis der inflationären Geldschöpfung immer weiter gesteigert werden, und das Mittel, das ursprünglich die Konjunktur in so verblüffender Weise ankurbeln konnte, wird schließlich - selbst bei steigender Dosierung immer weniger wirksam. Diese Problematik gleicht derjenigen bei der medizinischen Symptombehandlung: Um das Symptom der Schmerzen zu beseitigen, werden dem Patienten Drogen verabreicht, die wie ein Wunder wirken. Aber nach einer Weile kommen die Schmerzen wieder, und die Dosis der Drogen muß gesteigert werden, um den gleichen Effekt zu erzielen. Die steigenden Dosierungen machen den Organismus des Patienten dabei immer mehr kaputt

II. Auswirkungen einer galoppierenden Inflation

Daß eine immer stärker werdende Inflation für die Ankurbelung einer Wirtschaft immer weniger nützt, haben wir herausgearbeitet. Aber muß sie deshalb eigentlich dem ökonomischen System schaden? Kann man sich nicht vorstellen, daß wir auch mit Inflationsraten von 10, 20, 50, 100 % usw. leben können? Wenn sich dadurch doch einfach nur sämtliche Preise gleichermaßen aufblähen? - Wenn dem mal wirklich so wäre, wenn also wirklich sämtliche Preise (einschließlich Löhnen und Zinsen) durch die Inflation in jedem Jahr, in jedem Monat, an jedem Tag oder in jeder Stunde die gleiche prozentuale Aufblähung erfahren würden, bliebe das Verhältnis der Preise zueinander jeweils unverändert. Aber schon jeder Vergleich von Preisen und Kosten über die Zeit hinweg würde aussagemäßig und könnte nur noch vorgenommen werden, indem alle Preise unter Abzug der jeweiligen inflationären

Aufblähung auf einen gleichen Zeitpunkt zurückgerechnet werden. Sicherlich wären das zunächst einmal "nur" rechentechnische Probleme, aber sie würden das betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Rechnungswesen erheblich komplizieren und sicherlich auch zu einer zunehmenden Desorientierung in Bezug auf die Aussagekraft von Preisen, Löhnen, Gewinnen, Zinsen usw. führen.

1. Der Zusammenbruch des Zahlungsverkehrs

Problematisch wird aber eine galoppierende Inflation vor allem dadurch, daß sich eben nicht sämtliche Preise in jeder Sekunde gleichermaßen dem Inflationstempo anpassen, sondern in unterschiedlichem Maße, mit mehr oder weniger Vorsprung bzw. Verzögerung gegenüber der durchschnittlichen Inflationsrate. Während z. B. für die Laufzeit eines Kreditvertrags die Zinsen konstant bleiben, können die Preise und damit die Erlöse der Unternehmen stürmisch ansteigen, und für den zurückgezahlten Kredit kann sich der Kreditgeber schließlich nur noch unverhältnismäßig wenig kaufen. Wer wird unter solchen Bedingungen überhaupt noch Kredite vergeben? Oder für die Laufzeit eines Tarifvertrages sind die Löhne konstant, während die Preise davonlaufen, so daß die Kaufkraft der Löhne immer geringer wird. Welche Gewerkschaft wird sich auf die Dauer unter solchen Bedingungen noch an den Tarifvertrag halten oder überhaupt noch einen abschließen? Wie sollen Unternehmen untereinander heute Lieferverträge vereinbaren mit Preisen, bei denen völlig unklar ist, welche reale Kaufkraft sie zum Zeitpunkt der Lieferung verkörpert?

Der gemeinsame Nenner, auf den sich im kapitalistischen System sämtliche Verträge im Bereich des Warenaustausches beziehen, sei es auf dem Gütermarkt, auf dem Arbeitsmarkt oder auf dem Kapitalmarkt, nämlich das Geld, käme in seiner allgemein anerkannten Aussagekraft im Bewußtsein der am Wirtschaftsprozess Beteiligten immer mehr ins Wanken. (Daß die Aussagekraft von Geldgrößen wie etwa die des Gewinnes auch bei stabilen Preisen außerordentlich problematisch ist, haben wir ausführlich herausgearbeitet. Aber diese Problematik ist aus dem allgemeinen Bewußtsein vollständig verdrängt.) Und in dem Ausmaß, wie die Erschütterung des Vertrauens in das Geld um sich greift, wie sich eine allgemeine Unsicherheit ausbreitet in Bezug auf jeden über Geld sich vollziehenden Warenaustausch, wird schließlich der Zahlungsverkehr immer mehr zusammenbrechen.

Anstatt seine Waren für das unsichere Geld hinzugeben, werden immer mehr Warenverkäufer dazu übergehen, reale Gegenwerte im Austausch zu fordern. Der Warenaustausch fällt schließlich in der Tendenz zurück auf die Stufe des Naturaltausches und wird dadurch in einer so komplexen Wirtschaft wie der kapitalistischen unendlich kompliziert. Und in dem Maße, wie der Warenaustausch durch immer mehr Reibungsverluste erschwert wird und tendenziell zusammenbricht, muß auch - in einer warenproduzierenden Gesellschaft wie der kapitalistischen - die Produktion zusammenbrechen. Denn wie soll produziert werden, wenn sowohl die Beschaffung wie auch die Finanzierung und der Absatz, wenn also die gesamte "Zirkulation" der Waren und des Geldes blockiert sind? Die Folge wäre eine wirtschaftliche Katastrophe.

2. Die deutsche Inflation von 1923

Deutschland hat eine solche Entwicklung ja schon einmal durchgemacht, mit der galoppierenden Inflation von 1923. Als Folge der inflationären Kriegsfinanzierung bzw. der

Kriegsschulden hatte sich ein Prozeß herausgebildet, in dem sich das Tempo der Inflation in unvorstellbarem Ausmaß immer mehr beschleunigte. Der Wochenlohn, den ein Arbeiter am Ende der Woche mit nach Hause brachte, war auf dem Höhepunkt der Inflation absolut nichts mehr wert. Die Preise stiegen schließlich täglich und stündlich auf schwindelnde Höhen an, und wer sein Geld nur bis zum Abend liegen ließ, konnte sich nur noch einen Bruchteil dessen kaufen, was er dafür am Morgen bekommen hätte. Ein Brot kostete schließlich Billionen von Reichsmark, Zahlen in einer Größenordnung, unter der wir uns absolut nichts mehr vorstellen können. Diese Inflation führte schließlich zu einem totalen Zusammenbruch des Zahlungsverkehrs und einer entsprechenden Lähmung der gesamten Produktion. Eine Tendenzwende trat erst mit der Währungsreform von 1923 und mit der Wiederherstellung des Vertrauens in eine neue Währung ein.

Wir wollen an dieser Stelle nicht auf Einzelheiten dieser Entwicklung eingehen. In unserem Zusammenhang ist nur wichtig, daß eine galoppierende Inflation zur Zersetzung des auf Geld beruhenden Warenaustausches führt und damit auch zum Zusammenbruch des gesamtwirtschaftlichen Kreislaufs. Wenn wir diese Überlegungen berücksichtigen, wird deutlich, daß eine ständig stärker werdende Inflation in der Tendenz zu einer immer größeren Gefahr für die Funktionsfähigkeit des kapitalistischen Systems wird, ganz ähnlich wie die wachsende Dosierung der Droge den Organismus des Patienten immer mehr zersetzt.

3. Inflation und Verschlechterung der Weltmarktposition

Lange bevor die Inflation ein systembedrohliches Ausmaß erreicht, kann noch ein anderer Grund bestimmend dafür sein, daß eine Inflation in einem Land gebremst wird: Nämlich die Konkurrenzposition eines Landes am Weltmarkt. Wir können auf diesen Punkt hier nur ganz grob hinweisen, ohne ihn im einzelnen abzuleiten, weil wir in unseren Modellen die Einbettung einer Volkswirtschaft in den Weltmarkt und die damit zusammenhängenden Probleme bisher ausgeklammert haben. (Siehe hierzu im einzelnen Senf/Timmermann: Denken in gesamtwirtschaftlichen Zusammenhängen, a.a.O. Band 2, Kapitel 9). Immerhin kann soviel gesagt werden, daß sich (bei festen Wechselkursen zwischen den Währungen einzelner Länder) die Exportpreise des inflationierenden Landes am Weltmarkt entsprechend erhöhen und sich auf die Weise die Konkurrenzposition gegenüber weniger inflationierenden Ländern tendenziell verschlechtert. Davon können negative Rückwirkungen auf die Zahlungsbilanz ausgehen, deren Bedeutung wir an dieser Stelle nicht diskutieren wollen.

4. Die Notwendigkeit einer Anti-Inflations-Politik

Sei es nun aus außenwirtschaftlichen Gründen der verschlechterten Weltmarktposition und der damit zusammenhängenden Zahlungsbilanzprobleme oder sei es aus binnenwirtschaftlichen Gründen einer zunehmenden Zersetzung des Geldsystems - in jedem Fall wird es im Interesse der internationalen Konkurrenzfähigkeit bzw. der Funktionsfähigkeit des ökonomischen Systems notwendig, die Inflation in den Griff zu bekommen, d.h. ihr Tempo zu bremsen und die Inflationsraten zu reduzieren. Der Zeitpunkt, wann ein solcher Bremskurs eingeschlagen wird, ist dabei nicht abstrakt und genau zu bestimmen, sondern hängt von vielen konkreten Faktoren ab, z. B. wie es sich mit der Inflation in anderen Ländern verhält, welche Regierung gerade unter dem Druck welcher Interessengruppen steht usw. Aber es kommt uns auch nicht auf die Bestimmung eines genauen Zeitpunktes an, sondern auf

die langfristige Tendenz, die in dieser Entwicklung angelegt ist. Und diese Tendenz beinhaltet die schließliche Notwendigkeit, von einer inflationären Politik abzuweichen und Maßnahmen zur Dämpfung der Inflationsrate einzuleiten.

Vor dieser Notwendigkeit sahen sich seit Anfang der Siebziger Jahre so ziemlich alle Regierungen der Westlichen Industrienationen gestellt, einschließlich der Regierung der Bundesrepublik. Mit einem Mal stand nicht mehr auf der Tagesordnung die Beseitigung von Arbeitslosigkeit mittels Staatsaufträgen und Geldschöpfung, sondern ein Anti-Inflations-Programm.

5. Die Grundgedanken des Monetarismus

Vor dem Hintergrund dieser realen Entwicklung begann sich allmählich eine theoretische und wirtschaftspolitische Richtung durchzusetzen, die dem Keynesianismus sozusagen den Kampf ansagte und die mit dem Namen des Amerikaners Milton Friedman verbunden ist: Der sogenannte "Monetarismus". Die Grundgedanken des Monetarismus haben mittlerweile in der Bundesrepublik nicht nur Eingang in die offizielle wissenschaftliche Politikberatung gefunden (verkörpert im "Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung", der mit seinen "Jahresgutachten" die Bundesrepublik in ihrer Wirtschaftspolitik berät), sondern auch in die tatsächliche Wirtschaftspolitik. Was sind die wesentlichen Inhalte des Monetarismus?

- Zunächst einmal sieht der Monetarismus in der Inflation eine langfristige Gefahr für die Funktionsfähigkeit des ökonomischen Systems, und er begründet dies mit ganz ähnlichen Argumenten, wie wir sie in unseren Überlegungen herausgearbeitet haben. Um die Funktionsfähigkeit des Systems aufrecht zu erhalten bzw. wiederherzustellen, betrachtet er als wichtigste wirtschafts- und gesellschaftspolitische Aufgabe eine Bekämpfung der Inflation.
- Zum zweiten sieht er die wesentlichen Ursachen der Inflation in der Geldschöpfung, d.h. in einer ständigen Ausweitung des Geldvolumens über das Wachstum der realen Produktion hinaus.
- Zum dritten betrachtet er den Versuch mittels staatlicher Konjunkturpolitik stabilisierend auf den Konjunkturverlauf einzuwirken, als undurchführbar. In der Realität hätte diese Politik mehr zur Entstehung und Verstärkung von gesamtwirtschaftlichen Ungleichgewichten beigetragen als zu deren Bekämpfung. Eine richtige Dosierung antizyklischer Konjunkturpolitik sei prinzipiell unmöglich.
- Entgegen dem keynesianischen Modell sei eine Kürzung der Staatsausgaben zwecks Nachfragedämpfung politisch viel schwerer durchsetzbar als eine Staatsausgabenerhöhung. Die Folge sei ein langfristig ständig wachsender Staatshaushalt mit inflationären Tendenzen.
- Die ständige Ausweitung der Geldmenge und damit der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ermögliche den Unternehmen ein Überwälzen der Löhne auf die Preise und bewirke, daß sie den Lohnforderungen der Gewerkschaften kaum Widerstand entgegen setzen.

- Die dadurch bewirkte Inflation würde von den Gewerkschaften wiederum zum Anlaß für höhere Lohnforderungen genommen, usw.

Aus diesen Einschätzungen kommt der Monetarismus grob zu folgender wirtschaftspolitischer Konsequenz:

- Um die Regulierung der Geldmenge dem politischen Kräftespiel zu entziehen und die Möglichkeit zur inflationären Geldschöpfung zu unterbinden, soll die Geldmenge nur in dem Maß wachsen wie die reale Produktion, am besten mit einer langfristig konstant gehaltenen Rate.
- Der Staat soll seine Ausgaben stark reduzieren und insgesamt dem "freien Spiel der Kräfte" und dem "freien Unternehmertum" wieder mehr Raum geben, die er mit seinen Eingriffen nur gelähmt habe.
- Die Gewerkschaften sollten zu einer Zurückhaltung in den Lohnforderungen gebracht werden, um die Gewinnsituation der Unternehmen zu verbessern und auf diese Weise die Wirtschaft in gang zu halten.

Grundtenor des Monetarismus ist die Auffassung, daß die Krisen, zu deren Bekämpfung der Staat mit Mitteln des Keynesianismus angetreten ist, vom Staat selbst verursacht worden seien und von den Gewerkschaften, die mit ihren überzogenen Forderungen die Gewinnsituation der Unternehmen unzumutbar beeinträchtigt hätten. Damit einher geht ein unerschütterlicher Glaube in die störungsfreie Selbstregulierung der Marktwirtschaft mittels Marktmechanismen und in die Vernünftigkeit einer am Markt orientierten Produktion. Die Bedingungen dieser Selbstregulierung müssten allerdings erst wieder hergestellt werden, nachdem die Funktionsfähigkeit des ökonomischen Systems durch Geldschöpfung, übermäßige Staatstätigkeit und durch die Macht der Gewerkschaften jahrzehntelang untergraben worden sei. Was der Monetarismus anbietet, ist gewissermaßen eine Entwöhnung der Wirtschaft und der Gesellschaft von der Inflation durch Rücknahme der Geldschöpfung und unter Inkaufnahme der dabei notwendig auftretenden Entwöhnungserscheinungen.

6. Durchsetzung des Monetarismus in der BRD

Die Anwendung einer monetaristisch orientierten Wirtschaftspolitik in der BRD seit Mitte der siebziger Jahre durch Einsatz einer stark restriktiven Wirtschaftspolitik hat ihre Wirkung nicht verfehlt: Die Inflationsrate konnte tatsächlich reduziert werden, aber gleichzeitig stieg die Arbeitslosigkeit schlagartig auf über eine Millionen an und zieht sich nun schon - anders als 1966/67 - über mehrere Jahre hin. In der Konzeption des Monetarismus ist die Massenarbeitslosigkeit ein kalkuliertes Mittel und hat die Funktion, die Gewerkschaften in ihren Lohnforderungen zu disziplinieren.

Und auch auf einer anderen Ebene wird die Verschärfung sozialer Konflikte bewußt in Kauf genommen: Auf der Ebene verminderter Staatsausgaben. Nicht der Rüstungshaushalt wurde in der BRD gekürzt, sondern die Ausgaben in den Bereichen der sozialen Versorgung, des Gesundheitswesens, des Bildungswesens usw. Auf der ganzen Linie wurden die von der sozial-liberalen Koalition eingeleiteten oder versprochenen Reformen - soweit sie mit

zusätzlichen Ausgaben verbunden waren - zurückgenommen und eine Politik der Demontage von sozialer Versorgung durchgesetzt.

Um zu verhindern, daß sich die verschärfenden ökonomischen und sozialen Konflikte in politische Unruhen entladen und unter Umständen die erfolgreiche Durchsetzung der Konzeption gefährden, geht der Einsatz monetaristischer Politik konsequent einher mit der Verschärfung politischer Disziplinierung und Repression - ein Prozess, wie er sich in der BRD seit Mitte der siebziger Jahre immer mehr durchgesetzt hat. Daß im Zuge einer solchen Entwicklung demokratische Rechte immer mehr unterhöhlt werden, ist mindestens für den Hauptvertreter des Monetarismus, M. Friedman, nicht weiter bedrückend: Er selbst hat sich zum wirtschaftspolitischen Berater des Pinochet Regimes in Chile machen lassen, das die dort erkämpften demokratischen Freiheiten gewaltsam zerschlagen hat ...

Wenn wir uns nach den Hintergründen für die zunehmende Durchsetzung des Monetarismus fragen, so liegen diese sicherlich nicht in der theoretischen Überlegenheit oder in der Neuartigkeit der Argumente gegenüber dem Keynesianismus. Die grundlegenden Argumentationsstränge greifen vielmehr zurück auf eine Sichtweise, die seit Keynes längst überwunden zu sein schien, nämlich auf das klassischliberale Weltbild. Mit seiner Vorstellung von der störungsfreien Selbstregulierung der Marktwirtschaft fällt der Monetarismus sogar noch hinter die Einsichten des Ordo-Liberalismus zurück, der die tendenzielle Selbstzerstörung der Marktmechanismen als Problem erkannt und daraus seine Konzeption einer staatlich zu sichernden Wettbewerbsordnung abgeleitet hatte. Im Monetarismus scheinen diese ordo-liberalen Erkenntnisse über die Tendenz zur Marktvermachtung und deren Gefahren ebenso vergessen zu sein wie die keynes'schen Erkenntnisse über die innere Tendenz einer sich selbst überlassenen Marktwirtschaft zu Krise und Arbeitslosigkeit.

Daß sich der Monetarismus immer weiter durchgesetzt hat, kann nur schwer mit der Güte seiner Argumente erklärt werden, die weder neu noch theoretisch überzeugend sind. Seine Durchsetzung ist vielmehr nur verständlich vor dem Hintergrund der veränderten ökonomischen Situation des Kapitalismus in der BRD und des Bedürfnisses, eine grundlegende Veränderung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik "wissenschaftlich" zu legitimieren. Der Keynesianismus hatte zwar in seiner wirtschaftspolitischen Anwendung zunächst scheinbare Wunder bewirkt: Er hatte die Arbeitslosigkeit schnell beseitigt und einen neuen Aufschwung eingeleitet. Aber an die Stelle der Arbeitslosigkeit war die Inflation getreten, deren Raten sich immer mehr erhöht und schließlich ein bedrohliches Ausmaß angenommen hatten (in der BRD vor allem im Hinblick auf die Exportchancen, d.h. die Konkurrenzposition am Weltmarkt). Und die gewinnsteigernden Effekte der Inflation mußten immer mehr nachlassen, je weniger die Gewerkschaften der "Geldillusion" verfielen und stattdessen die Inflationsrate in die Lohnforderungen einkalkulierten.

Ließ sich eine Reallohnsenkung nicht mehr auf indirektem Weg über eine Inflation wirksam durchsetzen, so blieb im Interesse der langfristigen Stabilisierung von Gewinnen nur noch der direkte Weg: Der offene Ausbruch von Krisen und Arbeitslosigkeit, herbeigeführt durch systematische Drosselung der Geldschöpfung: "Stabilisierungskrise". Die ideologische Rechtfertigung für eine solche Politik lieferte der Monetarismus, und deswegen konnte er sich gerade zu dieser Zeit - und nicht 10 Jahre vorher - als "neue wissenschaftliche Erkenntnis" in der BRD durchsetzen. Der Monetarismus entpuppt sich somit als eine Ideologie zur Rechtfertigung bestimmter Herrschaftsinteressen, die sich mit den überkommenen Mitteln des Keynesianismus nicht mehr hinreichend durchsetzen lassen.